

FALLBESCHREIBUNG _____

Fabrikbrand in Pakistan: Billige Textilproduktion, lebensgefährliche Arbeit

Im September 2012 starben 258 Arbeiter_innen bei einem Brand in der Textilfabrik Ali Enterprises im Stadtteil Baldia in Karatschi, Pakistan. 32 Menschen wurden verletzt, teilweise lebensgefährlich. Die Arbeiter_innen erstickten oder verbrannten, weil viele Fenster vergittert, Notausgänge verschlossen und nur eine Tür des Gebäudes offen war.

Wichtigster Kunde der abgebrannten Fabrik war das deutsche Textilunternehmen KiK, das nach eigenen Angaben 2011 mindestens 70% der Produktion kaufte. Laut KiK wurde das pakistanische Unternehmen erst durch die Handelsbeziehung mit dem deutschen Unternehmen „groß“. Man habe regelmäßig die Arbeitsplatzsicherheit und sonstige Arbeitsbedingungen durch Auditing-Firmen (Prüfdienstleister) begutachten lassen, versichert KiK.

Auf Initiative und mit Unterstützung des ECCHR und von medico international zogen vier Betroffene des Fabrikbrands gegen KiK in Deutschland vor Gericht. Im März 2015 reichten sie beim Landgericht Dortmund Zivilklage gegen KiK ein und forderten je 30.000 Euro Schmerzensgeld. Die Klage war die erste dieser Art in Deutschland.

Die Arbeitsbedingungen und baulichen Details der Fabrik, wie die vergitterten Fenster, kannte KiK oder hätte sie kennen müssen – in seinen CSR-Berichten (*Corporate Social Responsibility*, dt.: gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen) weist das Unternehmen explizit darauf hin, dass es seine Zuliefer-Fabriken regelmäßig inspizieren lässt. Wenige Wochen vor dem Brand hatte das italienische Prüfunternehmen RINA im Auftrag des Eigentümers die Fabrik außerdem mit dem internationalen Güte-Siegel SA 8000 zertifiziert – das Siegel soll hohe Sicherheitsstandards sowie eine sozial- und ökologisch verträgliche Produktion garantieren.

Nach dem verheerenden Brand zahlte KiK zunächst eine Million US-Dollar als Soforthilfe für die Überlebenden und Hinterbliebenen. Die Auszahlung koordinierte eine vom High Court of Sindh eingesetzte unabhängige Kommission. Im September 2016 erklärte sich KiK schließlich bei einem von der Internationalen Arbeitsorganisation ILO moderierten Dialog dazu bereit, den Betroffenen 5,15 Millionen US-Dollar Hinterbliebenen- und Unfallentschädigung zu zahlen. Der Druck auf KiK durch die Zivilklage in Deutschland spielte eine Schlüsselrolle bei den ILO-Verhandlungen.

Die Betroffenen hatten seit Ende 2012 mit KiK über eine Entschädigung, die den dauerhaften Verdienstaufschlag des Hauptnährers einer Familie kompensieren könnte, und über Maßnahmen für einen besseren Feuerschutz sowie Arbeitsrechte verhandelt. Im Dezember 2014 legte KiK der Organisation der Betroffenen, der Ali Enterprises Factory Fire Affectees Association, ein Angebot vor, das für diese inakzeptabel war. Das Unternehmen gab darin zu verstehen: Es wird kein Schmerzensgeld geben. Auch in Gesprächen mit dem Anwalt der Kläger_innen und dem ECCHR im Januar 2015 war KiK nicht bereit, das Angebot zu verbessern. Deswegen lehnten mehr als 160 Familien bei einem Treffen im Februar 2015 in Karatschi das Angebot von KiK ab. Bei dem Treffen bestimmte die Organisation auch die vier Personen, die im März 2015 in Deutschland Klage einreichten.

Strafrechtliche Aufklärung des Brandes und Verantwortung der internationalen Unternehmen

Nachdem in einem für Pakistan historischen Schritt die Fabrikbesitzer unmittelbar nach dem Brand angeklagt und sogar zeitweise inhaftiert wurden, wurde das Ermittlungsverfahren im Frühjahr 2016 eingestellt. Es gab auch mehrere Klagen des Anwalts der Betroffenen, die gegen die pakistanischen Aufsichtsbehörden gerichtet waren. Der Vorwurf: Nachlässigkeit bei der Aufklärung der Hintergründe des Brandes.

In einem Verfahren in Pakistan steht zwar noch der Verdacht einer Brandstiftung im Raum, doch für die Klärung der rechtlichen Mitverantwortung von KiK für die Toten und Verletzten ist die Brandursache nicht relevant. Darüber hinaus ist es bemerkenswert, dass der Verdacht der Brandstiftung erst drei Jahre nach dem

Brand zur Sprache kam und drei bisherige Untersuchungsberichte jeweils verschiedene Brandursachen identifizieren.

Aus Sicht des ECCHR ist es wichtig, neben den Hintergründen für den Brand insbesondere die Rolle der internationalen Unternehmen umfassend aufzuklären. Zum einen haben die Betroffenen ein Recht auf Wahrheit und Entschädigung, zum anderen würde dies dazu beitragen, ähnlichen Fällen künftig vorzubeugen. Daher unterstützt das ECCHR die Betroffenen bei der juristischen Aufarbeitung in Pakistan, Italien und Deutschland.

In dem Verfahren in Pakistan war das ECCHR als Experte zugelassen und reichte in dieser Funktion im Mai 2014 ein Rechtsgutachten (Amicus Curiae Brief) vor dem High Court of Sindh in Karatschi ein. Darin wurde die Verpflichtung des pakistanischen Staats nach internationalem Recht dargelegt. Ziel des Gutachtens war es, neben der Verantwortung der lokalen Akteure auch die Rolle des Zertifizierungsunternehmens RINA und des Einkäufers KiK zu untersuchen. In Italien unterstützt das ECCHR das Ermittlungsverfahren gegen die Zertifizierungsfirma RINA ebenfalls mit juristischer Expertise.

In Deutschland hat Rechtsanwalt Dr. Remo Klinger aus Berlin am 13. März 2015 für vier Betroffene beim Landgericht Dortmund Zivilklage wegen Verletzung der Menschenrechte in der Zulieferkette eingereicht. Am 10. Januar 2019 entschied das Gericht, die Sachfragen des Verfahrens nicht zu verhandeln. KiK gelang es, sich mit Verweis auf eine mögliche Verjährung im pakistanischen Recht seiner Sorgfaltspflicht und seiner Mitverantwortung für die 258 Toten in seiner Zulieferfabrik zu entziehen: Das Gericht wies die Klage wegen Verjährung ab. KiK hatte zunächst einem Verjährungsverzicht zugestimmt, später aber darauf bestanden, dass der Verzicht unwirksam sei.

Prekäre Arbeitsbedingungen in der globalen Produktion für den europäischen Markt

Der Brand in Karatschi ist ein drastisches Beispiel dafür, wie menschenunwürdig die Arbeitsbedingungen in den globalen Produktions- und Lieferketten für den europäischen Markt sind. Löhne unter dem Existenzminimum, extreme Überstunden an sechs bis sieben Tagen die Woche, Misshandlungen und

Diskriminierungen am Arbeitsplatz, immer wieder schwere Arbeitsunfälle und die Unterdrückung gewerkschaftlicher Organisation – das ist die ungerechte Realität von Millionen von Arbeiter_innen im Globalen Süden.

Transnationale Unternehmen stehen mit diesen Zuständen in unmittelbarem Zusammenhang, weil sie über harte Preisvorgaben und kurzfristige Liefertermine die Arbeitsbedingungen vor Ort verschärfen. Der Preis- und Lieferdruck wird von den Fabrikbesitzer_innen direkt an die Arbeiter_innen weitergegeben. Gleichzeitig wollen Unternehmen aus dem Globalen Norden Skandale, wie sie auf den Fabrikbrand in Karatschi folgen, verhindern. Aus diesem Grund berufen sie sich gerne auf Zertifikate von Prüfdienstfirmen und verpflichten zuliefernde Fabriken zur Kontrolle der Arbeitsbedingungen und Einhaltung von Verhaltenskodizes und gesetzlichen Mindeststandards.

Wie aber der Fall der Fabrik Ali Enterprises zeigt, sind privatwirtschaftliche unverbindliche Sozial-Audits und Zertifizierungen völlig ungeeignet, um die Arbeitsbedingungen für die Arbeiter_innen vor Ort zu verbessern. Umso wichtiger ist es, aufzuklären, welche Verantwortung KiK und welche Verantwortung die Zertifizierungsunternehmen für den Brand tragen.

Stand: Januar 2019

European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) e.V.
www.ecchr.eu